

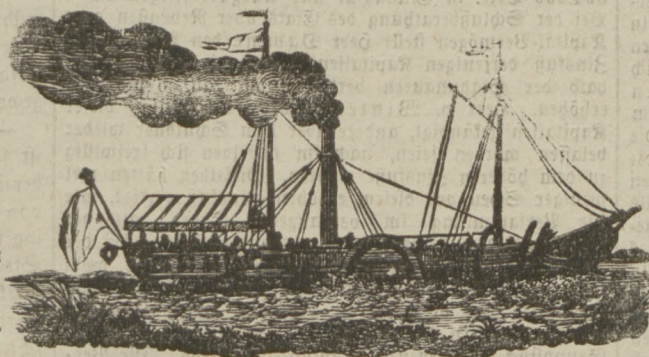
Danziger Dampfboot.

N^o. 45.

Mittwoch, den 23. Februar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaisengasse Nr. 5, wie auswärts bei allen Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Dießige auch pro Monat 10 Sgr.



1870.

41ster Jahrgang.

Inserate, pro Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außer halb an: In Berlin: Metemeyer's Centr.-Ztg. u. Annonc.-Bureau. Rudolf Mosse.

In Leipzig: Eugen Fort. — D. Engler's Annonc.-Bureau. In Hamburg, Braunschw., Köln a. R., Berlin, Stuttgart, Leipzig, Basel, Breslau, Zürich, Wien, Genf, St. Gallen: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Paris, Dienstag 22. Februar.

Das Dekret von 1869, betreffend die wechselnde Besetzung der Gerichtshöfe ist abgeschafft. Das „Journalofficiel“ veröffentlicht einen Bericht des Ministers des Innern, Chevandier de Valdrôme, betreffend die Dezentralisation der Verwaltung und die Zusammensetzung der Kommission, welche mit der Ausführung dieser Aufgabe beauftragt ist. Dilon Barret ist Präsident derselben; unter den Mitgliedern befinden sich Dupont White, Guillaume, Guizot und Prevost-Paradol.

London, Dienstag 22. Februar.

Lord Derby hat die ihm angebotene Führerschaft der Torypartei im Oberhause abgelehnt, weil es ihm an der nöthigen Erfahrung und dem geeigneten Temperament dazu fehle. — Die Vorschläge für die Ausgaben der Armee sind um 1,136,900 Pfd. Sterl., für die der Marine um 746,111 Pfd. Sterl. niedriger als im vorigen Jahre.

Politische Rundschau.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags fand die erste Berathung des Strafgesetzbuchs-Entwurfs statt. Nachdem der Minister Leonhardt den Entwurf motivirt und empfohlen, folgt eine längere Debatte, namentlich über die geschäftliche Behandlung der Vorlage. Schließlich wird der Antrag Albrechts angenommen, nach welchem der Entwurf von Abschnitt II. Art. 8 ab an eine besondere Commission überwiesen wird, während über den allgemeinen Theil Plenarberatung stattfinden soll.

Am Montag Nachmittag ist der Bundesrath des Norddeutschen Bundes zu einer Sitzung zusammengetreten, in welcher, nach Verlesung des Protocolls der letzten Sitzung und Bekanntgabe von Substitutionen, zunächst eine Vorlage des Präsidiums erfolgte, betreffend den Gesetzentwurf wegen Feststellung des Haushaltsplans des Norddeutschen Bundes für 1871. Nach diesem Gesetzentwurf schließt der Haushaltsplan des Bundes pro 1871 in Einnahme und Ausgabe — die laufenden Ausgaben und die extraordinären Ausgaben zusammengerechnet — ab mit 77,446,287 Thaler.

Wie wir bereits mittheilten, hat der Reichstag davon Abstand genommen, die Thronrede mit einer Adresse zu beantworten. Dieses ist wesentlich deshalb geschehen, weil aus den vertraulichen Besprechungen mit der Regierung hervorging, daß dieselbe nicht geneigt ist, zur Zeit irgend einen weiteren Schritt zur Einigung Deutschlands zu thun, und am wenigsten bereit wäre, einem etwaigen Antrage auf Aufnahme Badens in den norddeutschen Bund durch die That zu entsprechen. So sehr der Reichstag und vor allem die national gestimmten Mitglieder desselben diese Umstände auch bedauern mögen, so konnten sie doch nicht umhin, dieselben als Thatfache anzuerkennen, und es schien ungeeignet, in solchen Verhältnissen sich mit einem directen Wunsche wegen Aufnahme Badens in den norddeutschen Bund an den Thron zu wenden. Auf die Provocationen, welche in den bairischen Kammern vorgekommen sind, einzugehen, hatte der Reichstag aber nicht die geringste Veranlassung. Die gegenwärtig dort die Mehrheit bildenden Herren „Patrioten“ werden sehr bald in der Lage sein, zu erkennen, wie sie mit ihrem Streben nicht vorwärts kommen, hätten sie erst einmal die Regierung wirklich in der Hand; das bairische Volk

würde bald einsehen, wie wenig die ultramontane Partei befähigt und im Stande ist, in heutiger Zeit eine Regierung zu führen. Bekanntlich hat man dieser Partei von Bayern aus mehrfach die Absicht zugeschrieben, den ehemaligen Welfenminister Windthorst nach München zu berufen; dieser selbst hat zwar stets die Frage nach der Begründung einer solchen Absicht entschieden verneint, indem er erklärte, München nie anders als zu seiner Studentenzeit mit dem Känzel auf dem Rücken besucht zu haben und in gar keiner Verbindung mit den Führern der dortigen ultramontanen Partei zu stehen. Es ist aber doch sehr eigenthümlich, daß man grade von dort aus darauf gekommen ist, Herrn Windthorst zu empfehlen; offenbar liegt der Grund dafür in der eigenen Armut an hervorragenden Persönlichkeiten.

Unter den Vorlagen, welche die Regierung dem Reichstage gemacht hat, befindet sich auch ein Gesetz zum Schutz der Photographie gegen Nachahmung. Wir freuen uns, daß dadurch endlich einmal ein Anstoß gegeben ist zur gesetzlichen Regelung einer Sache, welche jetzt noch durchaus regellos ist, da zur Zeit, als die Grundzüge unserer Gesetzgebung gemacht wurden, von der Photographie noch nicht die Rede war. Dadurch, daß man nun eine neue Sache nach alten Gesetzen beurtheilen wollte, sind Verhältnisse der unnatürlichsten Art entstanden, und es ist dringend zu wünschen, daß bei dem neuen Gesetze auch darauf gesehen wird, dasselbe mit den Anforderungen des gesunden Menschenverstandes in Einklang zu bringen. Diese stehen nämlich jetzt ganz im Widerspruch mit dem Gesetze. Der gesunde Menschenverstand sagt: Wenn ich mir vom Photographen ein Bild machen lasse, so bezahle ich nicht nur das Bild, welches ich erhalte, sondern auch die Vorarbeiten zu demselben, da ja sonst nicht die zweite und die folgenden Kopien des Negatives billiger sein würden, folglich hat der Photograph nicht das Recht, diese Vorarbeiten, d. h. das Negativ, anderweitig in seinem Interesse zu benutzen. Anders sagen die Photographen und auf ihrer Seite stehen die Juristen, denen das römische Recht auch in Sachen der Photographie Autorität ist. Sie behaupten, das Negativ gehöre dem Photographen und er könne davon so viel Kopien machen, als ihm beliebt und er könne dieselben auch verwenden, wie er wolle. Die möglichen Folgen einer solchen Anschauung liegen auf der Hand. Der Photograph kann, wenn sich Jemand hat bei ihm photographiren lassen, dessen Bild beliebig verkaufen und ausstellen. Daß dies nicht Jedem angenehm sein wird, ist wohl unzweifelhaft. Besonders den Damen kann es nicht gleichgültig sein, wenn ihr Porträt verkauft wird oder in den Schaukasten der Photographen inmitten von Damen zweifelhaften Rufes prangt. Gegen eine solche Benützung der Bilder Seitens der Photographen giebt es aber jetzt keinen gesetzlichen Schutz, eine desfallige Klage würde von jedem Gericht abgewiesen werden. Wenn nun jetzt die Photographen einen gesetzlichen Schutz für ihre Arbeiten erhalten sollen, so scheint es uns auch nicht mehr wie billig, das Publikum gegen die Photographen zu schützen und dafür zu sorgen, daß solche Uebelstände künftig nicht mehr vorkommen können. Es kann vielleicht das ganz einfach in der Weise geschehen, daß man dem vorliegenden Gesetz einen Paragraphen hinzusetzt, welcher lautet: „Dem Photographen ist es nicht erlaubt, Bilder, welche er gegen Bezahlung angefertigt hat, ohne Einwilligung Dessen, der sie hat anfertigen lassen, zu vervielfältigen.“

Die Auflösung der Welfenlegion in Frankreich wird am 15. April erfolgen. Unter dem Vorstehe des ehemaligen Ministerpräsidenten von Münchhausen hat eine Kommission in Paris die verschiedenen Pläne für das künftige Loos der Flüchtlinge berathen und ist zu dem Resultate gekommen, dem König Georg den Vorschlag zu machen, den Flüchtlingen bis zu dem erwähnten Zeitpunkte die bisherige Unterstützung, dann aber die Reisekosten nach dem Lande, wo sie ihren Aufenthalt nehmen wollen und außerdem 400 Franc. per Mann zu gewähren. Der König hat diesen Vorschlag angenommen und die Leute haben sich zum Theil zur Auswanderung nach Algier, nach Amerika, nach Holland, England u. s. w. entschieden, ein Viertel etwa aber hat sich dafür entschieden, eine Amnestie bei dem König von Preußen zur Rückkehr in die Heimath zu erbitten.

Aus Rom wird berichtet, daß verschiedene fremde Geistliche den Befehl erhalten haben, Rom zu verlassen und nach Hause zurückzukehren, weil sie es an Respect vor dem Heiligen Stuhle fehlen ließen es sind mehrere Amerikaner darunter.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 23. Februar.

Stadtverordneten-Sitzung am 22. Februar.

Vorsitzender: Herr Commerzien-Rath Bischoff. Magistrats-Mitglieder: die Herren Ober-Bürgermeister v. Winter, Bürgermeister Dr. Ring und Stadträthe Strauß und Ricker. — Der Herr Vorsitzende verliest eine an die Versammlung gerichtete Eingabe eines Herrn Galant, welcher die Versammlung auf den Verkauf von Spießvögeln und darauf aufmerksam macht, daß die Arbeitssperre, speciell bei dem Transport von Getreide per Ase, entseztlich angestrengt werden. Er bittet, die Versammlung möge auf Mittel zur Abhilfe Bedacht nehmen. Nach dem Antrage des Hrn. Breitenbach wurde diese Eingabe dem Magistrat zum näheren Eingehen auf dieselbe überwiesen. — Der Magistrat macht die Mittheilung, daß in nächster Zeit die Prüfungen der Elementarschulen stattfinden werden. Hr. Bischoff schlägt vor, zu diesen Prüfungen Mitglieder der Versammlung zu deputiren, und zwar für die am 8. März in der evangel. vork. Schule stattfindende Prüfung die Herren Schirmacher und Gama und für die am 9. März in der evangel. Knaben-Schule auf der Reichstadt die Herren Staitmiller und Mische, sodann für jede nächstfolgende Prüfung 2 Mitglieder. Die Versammlung schließt sich diesem Vorschlage an. — Sie erklärte sich auch mit dem Antrage des Magistrats einverstanden, daß die Fährre auf der Mottlau bei Strohdick vom 1. Juni d. Z. ab auf 3 Jahre an den Arbeiter-Mischewski in Strohdick gegen einen jährl. Pachtzins von 168 Thlrn. verpachtet werde. Magistrat stellt den Antrag, die Gehälter der Magistrats-Subaltern-Beamten, welche den heutigen Lebensverhältnissen in keiner Weise mehr entsprechen, zu erhöhen, um so mehr als auf Antrag des Abgeordnetenbauers die Staatsbeamten gleichfalls eine Gehaltserhöhung erfahren hätten. Das Durchschnittsgehalt der Secretaire einschließlich der Assistenten betrage: bei der Regierung 722 Thlr., bei der Polizei 687 Thlr., bei der Justiz 652 Thlr., — das der städtischen Beamten dagegen nur 620 Thlr. Hierzu komme noch, daß die städtischen Beamten keine Nebeneinnahmen aus auswärtigen Commissionen genießen, wie die Beamten der anderen Behörden; deshalb beantragt der Magistrat, das Gehalt eines jeden Bureau-Beamten um 100 Thlr. jährlich vom 1. Januar d. Z. ab zu erhöhen, wozu im Ganzen 2375 Thlr. erforderlich wären. Herr Rompelstin: Vor kaum 8 Jahren sind die Gehälter unserer Beamten aufgebessert, damals lag der Grund in den theuren Lebensverhältnissen und die Verbesserung war deshalb gerechtfertigt. Heute haben die Lebensmittel nicht so hohe Preise, die Wohnungsmieten sind gesunken und aus diesem Grunde würde sich eine wiederholte Gehaltserhöhung nicht rechtfertigen lassen. Außerdem liegen Handel und Gewerbe darnieder, die Steuerkraft ist geschwächt und unsere finanziellen Verhältnisse sind nicht

so glänzend, um jetzt auf den Magistrats-Antrag eingehen zu können. Man müsse vor Allem zuerst die Staatsberatung abwarten, denn da sei auch nicht Alles so, wie es auf dem Papier stehe. Herr Schirmacher ist ebenfalls gegen die Gehalts-Erhöhung, dagegen ist er geneigt, fleißigen Arbeitern, welche über die Dienststunden hinaus arbeiten müssen, um ihre Arbeiten fertig zu stellen, Gratifikationen zu bewilligen. Herr Biber: Ob die Gehälter zulänglich sind oder nicht, das könne er nicht beurtheilen, für ihn sei die Frage maßgebend, ob die Gehälter unserer Beamten in einem richtigen Verhältnisse zu denen der Staatsbehörden stehen. Indessen greife die Magistratsvorlage zu weit, indem dieselbe die städtischen Beamten mit den bestdotirten Regierungsbeamten gleichstellen will. Er mache den Vorschlag, die städtischen Subalternbeamten den Beamten des Polizei-Präsident gleichzustellen und 2 oder 3 Mitglieder aus der Versammlung zu ernennen, welche zu prüfen befugt sein sollen, in wie weit die einzelnen Staatsstellen aufzubessern sein werden. Dem Herrn Schirmacher könne er sich schon deshalb nicht anschließen, weil es keinem Beamten zugemuthet werden könne, sich jedesmal bittweise um eine Gratifikation an die Versammlung zu wenden. Die Leistungen müssen so honorirt werden, wie bei den Staatsbehörden, indessen wolle er die Gehaltsscala der Beamten des Polizei-Präsident anwenden. Herr v. Winter: Als ich mein Amt antrat, war es Sitte, besondere Remunerationen an Beamte zu zahlen. Im Interesse des Dienstes habe ich diesem Usus sofort ein Ende gemacht und dahin gewirkt, daß die Subalternbeamten so lange arbeiten müssen, als es erforderlich ist, und diesen Grundlag werde ich auch später aufrecht erhalten. Was den vorliegenden Antrag betrifft, so muß ich zuvörderst bemerken, daß während meiner Amtsführung eine Gehaltserhöhung noch nicht eingetreten ist. Die gegenwärtig vom Magistrat beantragte Erhöhung der Gehälter ist nöthig geworden durch die an die Beamten heranretirenden gesteigerten Ansprüche, und da die Aufbesserung der Gehälter der Staatsbeamten, in Rücksicht auf die heutigen Lebensbedingungen, erfolgt ist, siehe derselbe Grund auch unsern Beamten zur Seite. Ich spreche es hier aus: das beste, was ich bei Uebernahme meines Amtes hieselbst gefunden habe, waren die Subalternbeamten, dieselben haben ihre Pflicht gewissenhaft und pünktlich erfüllt. Früher war die Auswahl der Beamten eine glücklichere, da der Magistrat noch nicht verpflichtet war, ausschließlich civilverpflichtete Personen anzustellen, sondern die Wahl unter den Beamten der Staatsbehörden hatte. Jetzt können wir nur Militairwärter wählen, und wenn wir nicht etwa den Abhub des Militärs haben wollen, dann müssen wir den für unsern Dienst qualifizirten Anwärtern solche Vortheile bieten, wie die Staatsbehörden. Nachdem diese Leute 12 Jahre beim Militair gedient haben, bieten wir ihnen 400 Thlr. Ein solches Gehalt ist zu gering und der Beamte geht vor Sorgen unter. Bei der vorgeschlagenen Erhöhung folgen wir nur dem Beispiel der großen Städte, welche zur Aufbesserung geschritten sind, und halten uns dabei in mäßigen Grenzen. Wir haben den Durchschnitt der Gehälter der Sekretaire und Assistenten der Regierung angenommen und nicht den höchsten Gehaltsatz dieser Beamten-Kategorie. Ein Gehalt von 400 Thlrn. ist zu gering, zumal bei dem Lebensalter unserer Beamten ein Aufrücken sehr schwierig ist. Die heutigen Gehälter sind auch unzulänglich in Rücksicht auf die Leistungen, welche wir von unsern Beamten verlangen, und daß bei der beantragten Erhöhung auch die besser besoldeten Beamten berücksichtigt worden sind, liegt in der Natur der Sache. Entmuthigen Sie die Beamten nicht, nehmen Sie den Magistrats-Antrag an. Wir haben außerdem den dringenden Wunsch, unsere Assistenten zu Sekretären heranzubilden. Bis jetzt war dies nicht möglich, weil wir für das gegenwärtige niedrige Gehalt ordentliche Kräfte nicht erhalten können, denn ein Feldwebel oder Zahlmeister wird eine so niedrig dotirte Stelle nicht annehmen. Ich habe mich überzeugt, daß wir die Gehalts-Erhöhung sowohl im Interesse des Dienstes als der Beamten eintreten lassen müssen, und daher bitte ich Sie, der Magistrats-Vorlage zuzustimmen. Hr. Schirmacher: Ihm liege daran, die Arbeitskraft der Beamten auszunutzen. Nachdem er aber die Erklärung des Hrn. v. Winter gehört, wende er sich dem Biber'schen Antrage zu. Hr. Schottler ist ebenfalls für den Biber'schen Antrag, nur würde er noch vorschlagen, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich sei, das Beamtenpersonal zu verringern. Hr. Damme fragt an, ob die zu erwählende Commission eine freie Beratung haben, oder nur prüfen soll, ob die Gehalts-Erhöhung dem Gehalte der Polizeibeamten anzuwachsen sei. Er wäre für das Erstere. Hr. Biber schließt sich diesem erweiterten Antrage an, mit der Maßgabe, daß die zu wählende Commission der nächsten Versammlung einen Bericht abzustatten habe. Hr. Kompeltin ist ebenfalls für diesen Antrag und auch die Versammlung stimmte demselben zu. In die Commission wurden gewählt: die Herren Kompeltin, Biber, Schottler, Schirmacher und Damme. — Bei der Vorberatung des Kammerer-Stats pro 1870 beantragten die Herren Referenten, die Grundsteuer mit 1380 Thlrn. vom Etat abzusetzen, weil die Steuer nicht rationell sei und die Nähe der Einziehung derselben in keinem Verhältnisse zu der Summe stehe. Es wird beantragt, diese Summe der Communalsteuer zuzufügen, weil die Stadt den Ausfall dieser Steuer nicht ertragen könne. Herr Biber schlägt vor, die Grundsteuer auf den Etat zu nehmen. Die für den Fortfall angeführten Gründe seien nicht stichhaltig. Alle Steuern seien von Hause aus ein Recht, aber auch ein nothwendiges Uebel. Er würde die Grundsteuer nicht so festhalten, wenn dafür etwas anderes geboten würde. Hr. v. Winter: Der Ertrag dieses Ausfalls werde durch Erhöhung der Communalsteuer gegeben, und das sei das Richtige, da diese nach der Steuerfähigkeit jedes Einzelnen erhoben werde. Die Versammlung schloß sich dem Antrage der Referenten an.

Bestere beantragen: den Rauffhof, der, bei 3jährigem Durchschnitt mit 8200 Thlrn. angelegt, im Jahre 1869 nur die Höhe von 5700 Thlrn. erreicht hat, mit 6000 Thlrn. und die Einnahme vom Eberhof aus demselben Grunde auf 300 Thlr., von dem Bleihofe um 1200 Thlr., von der Klapperriese um 200 Thlr. niedriger anzusetzen, ferner: die Einnahmen aus der Mahl- und Schacht-Steuer um 4600 Thlr. herabzusetzen, als die Fraktions-Summe in den Jahren 1866, 1867 und 1868 beträgt, da diese Steuer, wie angenommen wird, wegen der mehr und mehr überhand nehmenden Defraudation von Jahr zu Jahr abnimmt. Den letzteren Antrag ziehen die Herren Referenten zurück, die anderen Anträge werden abgelehnt. Dagegen wurde die Erhöhung des Extraordinariums von 10,000 Thlrn. auf 12,776 Thlr. angenommen. Hiernach ist der Kammerer-Etat auf 594,399 Thlr. in Einnahme und Ausgabe festgestellt. — Bei der Schlussberatung des Stats über Revenüen vom Kapital-Vermögen stellt Herr Damme den Antrag, den Zinsfuß derjenigen Kapitalien, welche die Stadt außerhalb der Stadtmauern verliehen hat, auf 6 pCt. zu erhöhen. Herr v. Winter erklärt, daß einige dieser Kapitalien gekündigt, andere aber dem Schuldner wieder belassen worden seien, nachdem dieselben sich freiwillig zu dem höheren Zinsfuß erhoben. Dieselben hätten viel weniger Scheu vor diesem erhöhten Zinsfuß gezeigt, wie die Versammlung im vergangenen Jahre, als der Magistrat den dahin zielenden Antrag stellte; bei der Beratung dieses Gegenstandes könne man sich wohl mit der Frage beschäftigen, den Zinsfuß sämmtlicher Kapitalien auf 6 pCt. zu erhöhen. Herr Damme erklärt, daß sein Antrag sich nur auf die den ländlichen Grundstücken beliehenen Kapitalien beziehe. Die Versammlung genehmigte den Damme'schen Antrag. — Bei der Beratung des Armen-Stats machte Herr Damme einige Mittheilungen und konstatarie die umsichtige Leitung des Armenwesens durch das Direktorium. Er habe zwar die Absicht gehabt, in Bezug auf die Einnahme- und Ausgabeposten Anträge zu stellen, sei aber müthlos geworden, weil er erfahrene, daß die Versammlung bei der Fraktion stehen bleiben wolle. — In Betreff der Verzinsung und Tilgung der Communal-schulden pro 1870 stellt Herr Damme den Antrag, daß diejenige zweite Rate der Zinsen pro 1870, im Betrage von 32,000 Thlrn., welche am 2. Januar 1871 zu zahlen ist, in den Etat pro 1870 in Ausgabe gestellt werde, dagegen die Zinsen des Kapitalvermögens und soviel vom Kapitalvermögen als zur Dedung der 32,000 Thlr. nöthig sind, in Einnahme zu stellen seien. Herr v. Winter bittet, diesen Antrag nicht anzunehmen. Die Zinsen seien erst am 2. Januar 1871 zu zahlen und bis dahin werde Dedung geschafft werden. Jetzt schon über die für das zweite Semester 1870 zu zahlenden Zinsen zu disponiren, halte er nicht für gut, weil dadurch der Kapitalfonds geschwächt werde und noch nicht abzusehen sei, wie viele Ausgaben im laufenden Jahre, namentlich an Vor-schüssen zur Herstellung der Canalisation an die Bürger, daraus zu leisten sein werden. Die Herren Biber und Breitenbach stimmen dem Antrage des Herrn Damme bei, ebenso die Versammlung.

— Nach eingegangenen Nachrichten ist S. M. S. „Arcona“ am 6. d. auf der Höhe von Funchal (Madeira) angekommen und beabsichtigte am 9. d. wieder in See zu gehen.

— Der Corvetten-Capitän Struben hatte als Commandant der in Ostafrika stationirten Corvette „Rebasa“ dem beschädigten amerikanischen Kriegsschiff „Dahō“ im September v. J. seine Dienste bereitwillig zur Verfügung gestellt. Für diese freundliche Handlungsweise ist der norddeutschen Bundesregierung von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Dank abgestattet.

— Einem englischen Blatte zufolge hat auf der Insel Malta ein Wettstreit zwischen sechs Mann von der preussischen Korvette Arcona (mit dem Jänd-nadelgewehr) und sechs Mann von einem englischen Kriegsschiff (mit dem Snibergewehr) stattgefunden. Das preussische Gewehr hat sich dabei angeblich als ein „überwundener Standpunkt“ herausgestellt.

— Die Ostbahn hat im Monat Januar d. J. 638,446 Thlr. gegen 567,960 Thlr. im vorigen Jahre eingenommen.

— Eine auf Veranlassung des Bundeskanzleramtes angefertigte Uebersicht des Postverkehrs im norddeutschen Postbezirke im Jahre 1869 ergibt ein überaus befriedigendes Resultat. Der Gesamt-Briefverkehr beläuft sich auf 341,490,414 Stück gegen 307,293,676 Stück im Vorjahre. An Zeitungen wurden befördert 152,369,734 Stück gegen 145,964,961 Stück im Jahre 1868. Das Porto für den internen Briefverkehr stieg auf 7,059,147 Thlr. gegen 6,595,980 Thlr. im Vorjahre. An Paketen ohne declarirten Werth wurden befördert 27,443,646 Stück mit einem Gewichte von 197,342,262 Pfund gegen 26,990,406 Stück mit 201,713,760 Pfund im Vorjahre. Die Sendungen mit declarirtem Werthe belaufen sich auf 11,132,082 Briefe und 2,016,954 Pakete mit einem Werthbetrage von zusammen 2,687,661,144 Thlrn. gegen 10,547,154 Briefe und 1,935,192 Pakete mit einem Werthbetrage von 2,376,301,896 Thlrn. im Vorjahre. Der Post-Anweisungverkehr belief sich innerhalb des norddeutschen Postbezirks auf 9,440,260 Stück, mit einem Betrage von 116,957,380 Thlrn., gegen 8,373,777 Stück mit einem Betrage von 104,732,184 Thlrn.

im Jahre 1868. Die Postvorschußleistungen beliefen sich auf 1,599,192 Pakete und 2,563,218 Briefe mit einem Gesamtbetrage von 9,769,338 Thlrn. An Freimarken und Francoconverts wurden verkauft 293,067,290 Stück für 10,729,117 Thlr. 15 Sgr. 10 Pf. Mit den norddeutschen Posten sind gereist 6,229,590 Personen. Die aus der Garantieleistung der Post entstandenen Verluste belaufen sich auf ca. 8000 Thlr., während 2869 Post- und Portodefraudationen vorgekommen sind. Das finanzielle Resultat ergibt eine Einnahme von 20,990,739 Thlrn. und eine Ausgabe von 20,725,666 Thalern.

— Der Königsberger Eisenbahnzug, welcher heute früh hier ankommen sollte, war bis zum Schlusse unseres Blattes noch nicht eingetroffen. Ueber die Ursache der Verspätung ist noch nichts bekannt geworden. Auch der Berliner Zug verspätete über 1 Stunde.

— Die Bahnstrecke von Danzig bis Lauenburg ist soweit hergestellt, daß dieselbe mit Arbeiterzügen bereits befahren wird. Dagegen gehen die Arbeiten von Lauenburg nach Stolp nur langsam von statten, indessen ist man doch der Hoffnung, daß die ganze Strecke von Danzig bis Stolp zum 1. Juli dem Verkehre übergeben werden wird. — Bezüglich der Verbesserungen, welche die Ostbahn auf den verschiedenen Stationen eintreten zu lassen gedenkt, nennt man auch die neue Ausschmückung der Bahnhöfe in Elbing und Marienburg. Erstere soll eine Perronhalle erhalten. Die Empfangsgebäude in Marienburg und Danzig (Lege's Thor) sollen umgebaut werden. — Die Betriebs-Eröffnung der beiden Strecken von Dirschau nach Br. Stargardt und von Schneidemühl nach Flatow soll schon für den 1. October in Aussicht genommen sein.

— Die Abegg-Stiftung im Bau von guten Arbeiterwohnungen und das in der Provinz functionirte worden. Dieselbe hat ein disponibles Capital von 21,500 Thlrn., und wird nunmehr der Verwaltungsrath unter dem Vorsitz des Herrn Sanitätsrath Dr. Abegg seine Thätigkeit beginnen. Es sollen kleine Häuser gebaut und den Mietern das Recht eingeräumt werden, bei Anzahlung bestimmter Summen die Wohnungen als Eigenthum zu erwerben.

— Die gestrige Bürger-Versammlung war von 57 Mitgliedern besucht. Herr v. Braune eröffnete die Sitzung und erklärte: Am 28. Decbr. v. J. hat die Danziger Zeitung dem Berichte des Magistrats über den Etat pro 1870, wie es nicht anders zu erwarten war, Lob und Beifall gesendet. Wir würden uns freuen, wenn wir dieses Lob theilen könnten, indessen sind wir nicht in dieser Lage. Der Etat enthält ein Deficit von 32,000 Thlrn., welches dadurch entstanden ist, daß in demselben die Zinsen für die Anleihe pro 1870 mit 32,000 Thlrn. nicht aufgenommen sind, obgleich diese Summe schon am 31. December 1870 baar vorhanden sein muß. Nach einer Erklärung des Herrn Bürgermeisters Dr. Einz soll die Dedung dieser 32,000 Thlr. aus den Ueberschüssen der Gas-Anstalt resp. aus der Communalsteuer gedeckt werden. Hiermit können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir sind zu fordern berechtigt, daß eine ordentliche Finanzwirtschaft herbeigeführt und der klare Ueberblick unserer Finanzverwaltung dem Auge des Bürgers nicht entzogen werde. Es ist uns nicht zu verargen, wenn wir hierin eine Verdunkelung unserer Finanzlage erblicken. Was sollen wir davon denken, daß der Magistrat neben dem Deficit von 32,000 Thlrn., der Canalisation und Wasserleitung, welche die Steuerkraft der Bürger in bedeutendem Maße anspannen, die Erhöhung der Beamtengehälter und den Wegfall der Grundsteuer vorschlägt. Nach dieser Einleitung stellt Herr v. Braune den Antrag: den Magistrat zu ersuchen: das Recht des Bürgers, sich einen klaren Ueberblick über die finanziellen Verhältnisse der Stadt zu verschaffen, durch Weglassung des einen oder andern Postens in dem öffentlichen Bericht über die Gemeinde-Angelegenheiten, nicht zu kürzen. — Dadurch, daß der Staat die Gehälter seiner Beamten erhöht hat, hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, ebenfalls die Gehalts-Erhöhung seiner Beamten bei den Stadtverordneten zu beantragen. Zu seiner Freude könne er mittheilen, daß die Stadtverordneten-Versammlung nicht direct auf diesen Antrag eingegangen ist, sondern zuvörderst eine Commission zur Prüfung dieses Antrages ernannt habe. Anders wäre es, wenn der Magistrat 2300 Thlr. der Feuerwehre zur Aufbesserung zugelegt hätte. Diese Leute müßten bei dem sehr gering bemessenen Gehalt ihr Leben in die Schanze schlagen und ihre Familien blieben meist in der traurigsten Lage zurück. Er ersucht die Versammlung, in einer Petition die Stadtverordneten-Versammlung zu ersuchen, das Gehalt der Feuerwehreute angemessen zu erhöhen, damit sie nicht genöthigt werden, unsern Ort zu verlassen und dahin zu gehen, wo sie besser besoldet werden. Herr Hobnfeldt meint, daß die Feuer-Versicherungsgesellschaften wohl die größte Veranlassung hätten, die Gehälter der Feuerwehreute aufzubessern. Herr Becker: In dieser Angelegenheit seien bereits viele vergebliche Schritte geschehen, daher müsse man an die Vertreter unserer Stadt appelliren, und wenn das nichts helfe, noch weiter gehen. Der Bürger-Verein habe dahin zu wirken, daß eine städtische Feuer-Versicherungs-Anstalt etabliert werde. Doch so lange wir noch Stadtverordnete haben, welche Agenten von Feuer-Versicherungs-Gesellschaften sind, werden diese sich gegen ein solches Institut mit Händen

und Füßen sträuben, da sie einen Theil ihres Verdienstes verlor. Hr. Holz constatirte die Nothwendigkeit einer städtischen Feuer-Versicherung; wenn eine solche erst in's Leben getreten, werde sich auch eine ausreichende Beteiligung daran finden. Hr. Keller hält den ersten Punkt der Tagesordnung für erledigt, da in der gestrigen Sitzung der Stadterordneten beschlossen worden, die Zinsenrate pro II. Semester 1870 mit 32,000 Thln. auf den Etat pro 1870 zu bringen und die Deckung aus der Anleihe zu nehmen. Hr. Holz steht in diesem Beschlusse eine äußerst launenhafte Erledigung, weil dann wieder die 32,000 Thlr. an der Anleihe fehlen und die notwendige Folge sein werde, daß wir im künftigen Jahre einen bedeutenden Steuerzuschlag erhalten. Hr. Pfeiffer: Bezüglich der Gehaltserhöhung der Magistratsbeamten sei er der Ansicht, daß ein Sekretär mit einem Gehalt von 6- bis 700 Thln. sehr gut leben könne, daß aber ein Feuerwehrmann mit einem Gehalt von 15 Thlrn. monatlich nicht leben könne; er wolle daher erst die Verbesserung der Gehälter der Feuerwehrleute. Hr. Holz beantragt eine Stala zu entwerfen, nach welcher das Gehalt der Feuerwehrleute aufzubessern sei. Hr. Brissewicz ersucht den Herrn Vorsitzenden, zunächst über den ersten Antrag die Diskussion und Abstimmung herbeizuführen. Hr. v. Braun ed fragt, ob noch Jemand das Wort zu ergreifen wünsche. Auf welche Art das Deficit gedeckt werde, sei gleichgültig; er verlange aber einen öffentlichen Bericht über die Vermögensverhältnisse der Stadt, welcher geeignet ist, dem Bürger einen klaren Blick in das Vermögen der Stadt zu verschaffen. Hr. Pfeiffer ist der Ansicht, der Magistrat habe es durchaus nicht verschwiegen, daß am 1. Januar 1871 32,000 Thlr. zu zahlen seien, und deshalb wäre auch gar kein Grund zur Beschwörung. Hr. v. Braun ed: Er könne die Ansicht des Vorredners nicht theilen und behaupte, daß der Magistrat die 32,000 Thlr. in dem Qu. Vertheilung habe, er habe seinen Antrag aufrecht. Herr Brissewicz beantragt: diesen Theil der Tagesordnung bis nach der Schlußberatung des Rammerei-Stats zu vertagen. Die Versammlung schließt sich diesem Antrage an. — In Betreff des zweiten Theils der Tagesordnung ist Hr. Alter der Ansicht, daß die finanzielle Lage der Stadt nicht geeignet sei, auf den Antrag des Magistrats, die Gehälter der städtischen Subalternbeamten zu erhöhen, einzugehen; Redner will nur a. etwaigen Ueberschüssen, welche der Magistrat disponibel hat, die Gehälter der Feuerwehr verbessert wissen. Zur Erhöhung der Gehälter der Subalternbeamten sei gar keine Veranlassung, und wenn die gegenwärtigen Beamten für den heutigen Gehalt nicht fortbienen wollen, dann möge sich der Magistrat andere Leute besorgen. Herr Hohnfeldt stellt den Antrag, die Petition dahin zu modificiren, daß, wenn der Magistrat überhaupt geneigt wäre, Gehaltsaufbesserungen eintreten zu lassen, diese zuvörderst in der von ihm früher selbst bestimmten Höhe den Feuerwehrleuten zukommen zu lassen. Herr Alter will auch den Feuerwehrleuten nichts gewähren, er ist der Ansicht, daß dieselben ausreichend besoldet sind und daß diejenigen Feuerwehrleute, welche mit dem Director Schumann nach Bremen gegangen sind, nicht die besten Kräfte unseres Corps gewesen wären. Dieselben seien nur des besseren Gehaltes wegen dahin gegangen. Herr Fische will die unzulängliche Besoldung der Feuerwehrleute dadurch beweisen, daß dieselben, wenn sie im Sommer täglich 1 bis 2 Sgr. durch andere Arbeit mehr verdienen können, das Corps verlassen. Herr Alter beantragt: die Petition dahin zu fassen: die vom Magistrat beantragten 2350 Thlr. zu Gehaltserhöhungen ganz zu streichen und nur disponible Gelder zur Erhöhung der Gehälter der Feuerwehrleute nach Verhältnis zu verwenden. Herr Becker beantragt, die Petition auch zur Unterschrift für Nichtmitglieder auszugeben. Herr Holz ist gegen diesen Antrag. Wer Interesse für Communal-Angelegenheiten habe, dem sei der Weg nicht abgeschnitten, dem Bürgerverein beizutreten. Der Antrag des Herrn Alter wurde schließlich angenommen. — Demnach eröffnete der Herr Vorsitzende die Diskussion in Betreff der Zinsen des Capitalvermögens der Stadt und übet die Fortdauer der Verwaltung. Herr Holz: Die Zinsen des Capitalvermögens, das ist eine besondere Sorte. Die Capitalien sind zu 5 pCt. verborgt, und wäre es wohl besser, die Capitalien statt der Anleihe zu benutzen. Es ist ferner unredt, daß der Magistrat die ganze Anleihe übernommen und bei der Bank niedergelegt hat, wodurch sich ein Verlust von 1 pCt. ergibt. Herr Hohnfeldt: Vor 6-8 Jahren hat der Magistrat seine Rentenbriefe in Hypotheken umgewandelt und dadurch, daß die Rentenbriefe damals 95 pCt. fanden, ein sehr gutes Geschäft gemacht. Wenn der Magistrat diese Papiere noch heute besäße, würde er einen großen Verlust erleiden, da sie nur 83 pCt. stehen. Wenn den Darlehensnehmern die Kapitalien gekündigt werden sollten, möchten dieselben bei der geldarmen Zeit in große Kalamitäten gerathen, daher ist es dankenswerth, wenn der Magistrat in dieser Angelegenheit so gehandelt hat, wie er es gethan. Wir thun besser, den Magistrat handeln zu lassen, wie er Lust hat und ihn nicht zu provociren. Herr Holz gefällt es nicht, daß der Magistrat die Anleihe zu 4 pCt. niedergelegt hat. Herr Keller bemerkt, daß die Stadterordneten-Versammlung für die Darlehne auf ländliche Grundstücke den Zinsfuß auf 6 pCt. erhöhet hat. — Wegen vorgerückter Zeit wurde die weitere Diskussion ausgelegt. Aus gleichem Grunde kamen einige vorgelesene Fragen nicht zur Beantwortung.

— Gestern Nachmittag, zwischen 3 und 4 Uhr gerieth auf dem Drechsler Wannad'schen Grundstücke, Drehergasse Nr. 23, die Balkenlage und einzelne Bretterverfälsche der im Erdgeschosse befindlichen Böttcherwerkstätte in Brand. — Beim Ausfeuern von Tonnen, welches auf einem in gewannter Werkstätte, allen baupolizeilichen Vorschriften zuwider, angelegten Herde vorgenommen wurde, hatte das zu diesem

Behufe hergerichtete Feuer solche Dimensionen angenommen, daß es das oben bereits erwähnte Holzwerk erfaßte und in Brand setzte. Unter Anwendung einer Spritze beseitigte die Feuerwehr den entstandenen Brand vollständig.

— [Weichsel-Traject.] Teresopol-Gulm, Warlubien-Graubenz und Gzerwinkl-Marienwerder mit Fuhrwerk jeder Art über die Eisdecke.

— In der „Posener Zeitung“ erbietet sich eine Frau, im Damenschneidern Unterricht zu geben, und fügt hinzu, daß auch diejenigen, welche diese Wissenschaft bereits inne haben, bei ihr noch die Tiefen derselben studiren könnten.

— Aus einem, von Herrn Arago in Paris bekannt gemachten Verzeichniß der strengen Winter in Europa in den letzten 10 Jahrhunderten ergibt sich Folgendes: im Jahre 806 war die Rhone zugefroren und die Kälte 18—20° unter dem Gefrierpunkt, nach dem hunderttheiligen Thermometer. Im Jahre 1133 war der Po von Cremona bis zum Meere zugefroren. Im Jahre 1234 konnte man vor Venedig das adriatische Meer, welches damals zugefroren war, mit Frachtwagen passiren. Im Jahre 1305 waren sämtliche Flüsse in Frankreich zugefroren. Im Jahre 1324 konnte man auf dem Eise von Dänemark nach Lübeck und Danzig reisen. Zehn Jahre später waren alle Flüsse in der Provence und in Italien zugefroren, und in Paris hielt der Frost 2 Monate und 20 Tage an. Im Jahre 1468 mußte man in Flandern den Wein, der für die Soldaten bestimmt war, mit Axten zerschlagen, ehe man die Kationen auszutheilen vermochte. Auf die nämliche Weise mußte man 1544 in Frankreich zu Werk gehen. Im Jahre 1594 war das Meer von Marseille bis Venedig und 1657 die Seine gänzlich zugefroren. Im Jahre 1677 lag auf der Seine 35 Tage hindurch eine feste Eisecke. Im Jahre 1709 war nicht nur das adriatische, sondern auch das mittelländische Meer von Marseille bis Genoa zugefroren. Im Jahre 1716 waren auf der Eisdecke der Rhein-Krautländer aufgeschlagen, und in dem vorigen aus diesem Jahrhundert war die Seine völlig zugefroren in den Jahren 1742, 1744, 1766, 1767, 1776, 1788 und 1829.

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht zu Danzig.

Der Böttger August Johann Goldhert in Kl. Plehnendorf schuldig der Spottrelasse der Kreis-Gerichts-Deputation zu Berent die Summe von 24 Thlrn. 16 Sgr. Sein Antrag, ihm zur Bezahlung derselben eine 6 monatliche Stundung zu gewähren, wurde abgelehnt und er zur Ableistung des Manifestationseides veranlaßt. Zu diesem Behufe erschien Goldhert im Geschäftslokale der hiesigen Exekutions-Kommission und gab hier am 27. April v. J. sein Vermögens-Verzeichniß zu Protokoll, Inhalts dessen er für sich und seine Familie nur das Ueber-nothwendigste besaß. Namentlich gab er an, daß er ausstehende Forderungen nicht besitze. Hierauf hat Goldhert den Manifestationseid geleistet. Er steht unter der Anklage, denselben wissenschaftlich falsch abgeleitet zu haben. Goldhert, welcher mit seiner Frau in Gütergemeinschaft lebt, verpachtete am 26. April v. J. sein Grundstück in Kl. Plehnendorf an den Pächter Käbler für 350 Thlr. jährlich. An demselben Tage, also am Tage vor Ableistung des Manifestationseides, verkaufte er sein sämtliches Inventar an denselben für 530 Thlr. Diese Summe wurde nicht baar gezahlt, sondern es übergab Käbler dem Goldhert sofort nach schriftlichem Abschluß des Vertrages, und zwar noch am 26. April, zwei Wechsel, den einen über 475 Thlr., den andern über den Rest lautend. Goldhert ließ diese Wechsel noch an demselben Tage dem Agenten Fische uer übergeben haben. Dieser Einwand wird aber durch den Umstand widerlegt, daß Käbler diese beiden Wechsel, welche nur bis Anfang Mai 1869 liefen, zu dieser Zeit von Goldhert selbst eingelöst hat, zum Theil gegen Baarzahlung, zum Theil dadurch, daß er eine Wechselverbindlichkeit, die Goldhert dem Kommissionsär Feldbrach gegenüber hatte, als Selbstschuldner über-nahm. — Als der Pächter Käbler am Abend des 26. April v. J. nach Kl. Plehnendorf kam, um die gekauften Inventarstücke nach seinem andern Pachtgute über-zuführen, bemerkte er, daß das dem Goldhert gehörige Mobiliar nach dem Hofe des Besitzers Maas geschafft wurde. Auf seine Frage nach dem Grunde dieser Maßregel antwortete Goldhert, daß der Restaurateur Dirschguer ihn eines Anspruchs wegen dränge und er durch denselben alles zu verlieren fürchte. Es war an diesem Tage zwischen Goldhert und Maas ein Vertrag zu Stande gekommen, nach welchem dem Letzteren Sachen zum Preise von 100 Thlrn. verkauft wurden. Goldhert hat baares Geld nicht erhalten; er war vielmehr dem Maas 6 Thlr. 25 Sgr. schuldig, und über 98 Thlr. 5 Sgr. erhielt er einen Schuldschein. Da Maas später nun einsah, daß der Kaufpreis viel zu niedrig gegriffen war, hob er am 28. April den Vertrag auf und gab dem Goldhert die Sachen zurück, wogegen ihm der Letztere den Schuldschein zurückstellte. An diesem Tage kaufte indeß Käbler die qu. Sachen für 120 Thlr., worüber Goldhert einen Wechsel erhielt. Goldhert entschuldigt sein Verschweigen des Schuldscheines über 98 Thlr. 5 Sgr. damit, daß er einen Wechsel zu dessen Gehalt und dazu dieses Vertheilungspapier habe verwenden wollen. — Ende März 1869 kaufte der Handelsmann Selig Paradise einen von Goldhert

acceptirten, vom Kommissionsär Kalkbrenner geritten, über 212 Thlr. lautenden Wechsel, mit 3 Monaten Ziel. Zur Sicherung für die auf das Accept gegebene Summe wurde dem Paradise von Kalkbrenner eine Riste mit Betten, eine Riste mit Wäsche, Silberzeug und ein Sack mit Federn übergeben. Kalkbrenner sagte dabei, daß diese Sachen Goldhert gehörten. Dieselben wurden auch mit Goldhert's und Kalkbrenner's Peticchaft versiegelt. Am 19. Mai 1869 erhielt Paradise von Goldhert einen Brief, in welchem ihm mitgetheilt wurde, daß diese Sachen an Frau Käbler verkauft wären und er dieselben nur an die Käuferin ausbändigen sollte. Am 30. Juni 1869 wurde das Geschäft zu Stande gebracht, Paradise befriedigt und die Sachen der Frau Käbler übergeben. Das Eigenthum an diesen Sachen hat Goldhert auch bei Manifestation seines Vermögens verschwiegen. — Im Juni oder Juli 1869 hat der Angeklagte durch die verhehlichte Käbler bei dem Kommissionsär Feldbrach circa 100 Ellen Leinwand verkaufen lassen. Auch dieses Vermögensobjekt hat er verschwiegen. Am 9. Sept. 1869 wurde bei Goldhert eine Inventarirung des Mobiliar-Vermögens vorgenommen. Es sind Mobilien in sehr großer Anzahl, nebst Vorräthen an Wäsche vorgefunden, welche seine Angabe, nur das Nothdürftigste zu besitzen, direct widerlegen. Goldhert war bei diesem Geschäft, weil von Hause abwesend, nicht zugezogen worden, um seine Erklärung über das Eigenthum an diesen Sachen abzugeben. Er hat jedoch einige Wochen später den Beweis dafür selbst erbracht. Sein Grundstück zu Kl. Plehnendorf war unter Sequestration genommen und Goldhert verließ deshalb dasselbe, um nach Helligenbrunn überzusiedeln. Unterwegs wurde er von dem Restaurateur Dirschguer und dem Rentier Manzey angehalten; dieselben ließen sein Mobiliar nach Plehnendorf zurückbringen. Goldhert hat deshalb bei der Staats-Anwaltschaft selbst denuncirt und zugleich den Prozeß gegen Dirschguer und Manzey beim hiesigen Gerichte ange-strengt. In seiner Klage giebt er den Werth dieser Sachen selbst auf 426 Thlr. an. Die Geschworenen sprachen das Schuldig aus und der Gerichtshof erkannte 2 Jahre Zuchthaus.

— In der heutigen Sitzung des Schwurgerichts wurden verurtheilt: 1) der Kaufmann Joh. Aug. Bötzke und der Handlungs-Gehilfe Frdr. Bötzke von hier wegen betrügerischen Bankrotts resp. Theilnahme daran unter Annahme mildernder Umstände zu je 9 resp. 6 Monaten Gefängniß; — 2) der Tagelöhner Joh. Mich. Grönlé aus Neustadt, wegen schweren Diebstahls im Rückfalle, zu 2 Jahren Zuchthaus und 2 Jahren Polizei-Aufsicht.

Vermischtes.

— [Amtsstyl.] Daß nicht nur in Oesterreich die amtliche Schreibweise ihre Sonderbarkeiten hat, magte vor Kurzem eine junge Dame in Berlin erfahren. Dieselbe, welche, in einem Erziehungs-Institut ausgebildet, später theils in Berlin, theils außerhalb als Gouvernante fungirte, ließ sich behufs Antritts einer neuen Stellung ein polizeiliches Führungs-Attest ausstellen. Zu ihrem Entsetzen war in demselben deutlich zu lesen, daß „Frl. N. N. sich während ihres Aufenthaltes in Berlin mit öfterer Unterbrechung anständig geführt habe.“ Glücklicherweise huldigte der betreffende Unterbeamte nicht dem Wahnspruch eines Ministers, der durch „Kritiken in seinem System nur befestigt wird“, sondern ließ sich herbei, die Fassung der betreffenden Sittlichkeitsnote dahin umzuändern, daß „Frl. N. N. sich während ihres öfter unterbrochenen Aufenthaltes in Berlin anständig geführt habe.“

— Zur Warnung für alle Eltern möge die Mittheilung dienen, daß dem dreijährigen Kinde eines Oberstabsarztes in Minden, welches mit einer Kaffeebohne spielte und dieselbe durchbeißten wollte, dieselbe in die Luftröhre gerieth, wodurch es sofort erstickte.

— Ein Gutsbesitzer in der Gegend von Laibach machte den Versuch, einem Schwan außer den Schwaneiern auch sechs Hühnereier unterzulegen, um selbe ausbrüten zu lassen. Die ausgekrochenen Hühnlein lebten mit den jungen Schwänen alsogleich in brüderlicher Eintracht, und wenn sich diese mit der Mutter in's Wasser begaben, so war an ihren Bewegungen das Verlangen sichtbar, mit den Schwänen ebenfalls den kristallinen Tummelplatz zu betreten. Einige Tage lang ließen die Hühnlein mit vieler Unruhe am Ufer herum, endlich wagte eines davon auf den Rücken der Mutter zu hüpfen, und sich auf der Spiegelbahn der Wassers fortzuschleppen zu lassen. Kühn gemacht durch dieses Beispiel, wagten mehrere, und endlich alle sechs Hühnlein, sich auf den schiffartigen Rücken des Schwans zu schwingen und mit ihren Stiefgeschwistern eine Lustfahrt auf dem Teiche zu unternehmen. So oft die Mutter die Jungen auf dem Rücken hüpfte, tauchte sie, vom Instincte geleitet, niemals unter, sondern sahe mit ausgespannten Flügeln wie ein Segelschiff ruhig fort und trug die Kinder wieder unverletzt an das Ufer.

— Ein Vollblut-Magyar, der Abgeordnete Mocsonyi hat das große Wort ausgesprochen, daß er die Errichtung eines rumänischen, eines serbischen,

ja eines slovalischen Theaters in Pesth wohl zugeben könne, aber die Vernichtung des deutschen Theaters fordern müsse; die deutsche Sprache müsse verdrängt und zur Sprache der „Hauknechte“ werden.

— In Nordamerika, im Lande der Dasen, wurde ein Mädchen gesehen, dessen Körper durchaus mit weißer Wolle, wie die Schafe, bedeckt ist. Der fußreisende Engländer, welcher beim Besuchen dieses Landes zuerst jene Entdeckung machte, ist nun gesonnen, das merkwürdige Mädchen nach Europa zu führen und selbes öffentlich für Geld zur Schau auszustellen.

— Die Academie der Wissenschaften zu Paris erhielt bei ihrer letzten Sitzung einen höchst merkwürdigen Bericht des Dr. Scoutetten über die eigenthümliche Wirkung der Electricität. Das Haus eines Weinbauers zu Digne wurde vor einigen Monaten durch den Blitz zerstört, viele Fässer im Keller zersprengt und der Wein war in die Rinne, welche durch den Keller führte, gelaufen. Der Besitzer hielt den Wein für verdorben und verkaufte ihn für 10 Centimes das Litre; bald aber bemerkte er, daß der Wein besser wie zuerst geworden war. Auf diese Thatsache hin hat Dr. Scoutetten Experimente mit Moselweinen gemacht, auf sie electricische Ströme wirken lassen und die erstaunlichsten Resultate erzielt: die Weine hatten eine Blume und einen Geschmack erhalten, der ihnen von Natur nie eigen gewesen war.

Literarisches.

Das soeben in Th. Theile's Buchhandlung in Königsberg erschienene 1. Heft des 7. Bandes der „Altpreussischen Monatschrift“ (der Neuen Preuss. Provinzial-Blätter 4. Folge), herausgegeben von Rudolf Reide und Ernst Wichert, enthält: Abhandlungen: Die Königsberger Melodienbücher des 18. Jahrhunderts. Von D. Ungewitter. — Altertümer bei Hohenstein in Ostpreußen. Mitgeteilt von Dr. M. Löppen. — Ein Kloster auf dem Tannenberger Schlachtfelde. Von E. Streblke. — Kritiken und Referate: G. H. S. Kesselmann, Christian Donatius' litauische Dichtungen. — Gallandi, Geschichte des Königl. Preuss. 1. Ostpr. Grenadier-Regiments Nr. 1 Kronprinz. Von K. — Angelica v. Lagerström, Edle Frauen. — Die ersten 16 Jahre des Copernicus-Bereins in Thorn. Rechenschafts-Bericht von Direct. Dr. A. Prowe. — Die Kgl. Deutsche Gesellschaft zu Königsberg. Von N. — Mitteilungen und Anhang: Urkundenfund. (Handveste von Byssola in Westpreußen. 1352.) Von Dr. Ketzynski. — Graf Kaniz J. — Zu dem Pestliner Fund-Bericht. Von H. Bergau. — Geschenke für die Sammlung der Königl. physikal.-ökon. Gesellschaft zu Königsberg. — Universitäts-Chronik 1870. — Altpreussische Bibliographie 1869. — Periodische Literatur 1869/70. — Nachrichten. — Anzeigen. — Bestellungen werden von sämmtlichen Buchhandlungen und Postanstalten angenommen. Der Jahrgang von 8 Heften à 6 Bogen kostet 3 Thlr.

Angewandte Fremde.

Englisches Haus.

Lieut. u. Rittergutsbes. Steffens a. Golmsau. Die Kaufl. Preuss. a. Dirschau, Raubner a. Solingen, Werner u. Stahlberg a. Berlin.

Hotel du Nord.

Kaufm. Nathan a. Berlin. Baumstr. Poormann a. Königsberg. Gutsbes. v. Ankum a. Mitteldorf. Rentier Wittmer a. Münster.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren.

Rentier Finken u. Ingenieur Martward a. Berlin. Insp. Voc a. Marienburg. Die Kaufl. Kraft a. Elbing, Nebel a. Hamburg, Dorn a. Stettin u. Schmidt aus Königsberg.

Walters Hotel.

Rittergutsbes. Bessen, Gattin a. Tockar. Die Fabrikbesitzer Birnbaum a. Berlin u. Horkmann a. Pr. Stargardt. Die Kaufl. Zapfen a. Dresden, Schnaase a. Berent, Engel a. Raugard, Klein u. Klostus a. Berlin.

Hotel de Berlin.

Maurermeister Schmidt a. Elbing. Die Kaufleute Pingel a. Götin, Rost a. Apolda, Küster a. Berlin, Frankenstein a. Suhl, Lothwein a. Hamburg und Liebheimer a. Aachen.

Hotel Deutsches Haus.

Gutsbes. u. Lieut. Schmidt a. Herrensrebin. Die Kaufl. Sommig a. Königsberg, Bietrich a. Bromberg u. Winter a. Berlin.

Hotel zum Kronprinzen.

Die Kaufl. Budenberg a. Bünde, Edelstein aus Düsseldorf, Genius a. Königsberg, Hammer, Anton und Dr. Lieut. Uff a. Berlin.

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königl. Navigationschule zu Danzig.

Datum	Stunde	Barometer- Stand in Par.-Zentim.	Thermometer im Freien n. Reaumur.	Wind und Wetter.
22	4	328,14	— 0,5	Nördl. Luft, bezogen.
23	8	331,28	— 5,8	W., mäßig, bewölkt.
	12	331,92	— 3,0	W., flau, hell u. diefig.

Danzig, den 23. Februar 1870.

Der heutige Markt verlief sehr geschäftlos und nur 100 Tonnen Weizen haben zu kaum gestrigen Preisen an vereinzelte Käufer schwerfällig Abnehmer gefunden. Feingelastiger 131. 130th. bedang *fl.* 58^h. 58^h; 130/31th. *fl.* 58; weißer 127th. *fl.* 57^h; hochbunter 130. 129th. *fl.* 57. 56^h; 113th. *fl.* 56; weidbunter 126/27. 126th. *fl.* 55^h. 54^h; abfallender 118. 116th. *fl.* 49^h. *fl.* 46^h; 117. 109th. *fl.* 44^h. 42^h pr. Tonne. — April/Mai 126th. bunt *fl.* 55 bez.

Roggen etwas matter, jedoch wurden für loco-Baare ziemlich feste Preise behauptet; 127. 125/26th. *fl.* 43^h. 43^h. 42^h; 124. 123th. *fl.* 41^h. 41^h. 41; 122/23th. *fl.* 40^h; 117. 112th. *fl.* 37^h. 34^h pr. To. Umsatz 120 Tonnen. — Termine blieben ganz ohne Kauflust; 122th. April/Mai *fl.* 40 Brief, Mai/Juni *fl.* 40^h Br., Juni/Juli *fl.* 41 Br.

Gerste unverändert; große 115. 110/111th. *fl.* 36^h; 111. 110th. *fl.* 34^h. 34; *fl.* 109/110th. *fl.* 33^h pr. To. 7 Tonnen Hafer bedangen *fl.* 36. 34^h pr. To. Erbsen; unverändert; Victoria. *fl.* 39; weiße Koch. *fl.* 38; gute Futter. *fl.* 36^h. 36^h. 36^h pr. Tonne. — April/Mai *fl.* 38 Br., *fl.* 37^h Geld.

Petroleum ab Neufahrwasser pr. 100 *th.*: *fl.* 8^h Br. u. Geld.

Liverpooler Steinsalz ab Neufahrwasser pr. 125th. Netto incl. Sack unverzollt: 17^h Br. u. Geld. Heeringe unverzollt pr. Tonne: crownfullbrand *fl.* 13^h Br., crown Zhlen *fl.* 10^h Br., Großberger Original *fl.* 9 Br.

Kohlen ab Neufahrwasser in Waggonladungen pr. 18 Tonnen: doppelt gestiebte Ruß. *fl.* 16 Br., schottische Maschinen. *fl.* 17 Br.

Selonke's Variété-Theater.

Donnerstag, den 24. Februar. (Abonn. susp.) Zum Benefiz für die Solotänzerin Fräulein Maria Eggers: Der stolze Heinrich, oder: Berliner Droschkenleute. Poffe mit Gesang und Tanz in 7 Bildern von Weirauch. Musik von Hauptner. Sonnabend, 26. Februar.

Große Fastnachts-Redoute.

Masken-Costüme aus der Theater-Garderobe werden incl. Billet zur Redoute für Herren und Damen von 25 Sgr. an bis zu allen Leihpreisen abgegeben Langgarten 36, gegenüber der Commandantur.

3000 Thaler

werden gegen hypoth. Sicherheit auf ein hiesiges Grundstück zum 1. Juli d. J. oder früher zu leihen gesucht. Wo? erfährt man in der Exped. d. Bl.

Ein Pferdestall ist zu vermieten. Näheres Hundegasse 96.

Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, den 24. Februar. (Abonn. susp.) Letztes Gastspiel u. Abschieds-Vorstellung des Fräulein Lilli Lehmann vom Stadttheater zu Leipzig. Carlo Broschi, oder: Des Teufels Antheil. Komische Oper in 3 Akten von Uber. „Carlo Broschi“ . . . Fräul. Lilli Lehmann. Emil Fischer.

Dampfbäder und alle Arten

Wannenbäder mit neuer Douche-Einrichtung in Metall-, Stein- und Porzellan-Wannen, sowie Kurz-, Sitz- u. Haus-Bäder empfiehlt in gut geheizten Räumen ergebenst

A. W. Jansen, Bade-Anstalt, Vorst. Graben 34.

Lairig'sche prämirte Waldwoll-

waaren, bestehend aus sämmtlichen Unterleidern, als: Garnen, Jacken, Hosen, Strümpfe, Strickgarn etc., sowie Waldwoll-Dei., Spiritus u. Seife, ferner Lairig'sche melirte Merino-Unterjacken von 1 Thlr. 7¹/₂ Sgr. ab, sowie wollene Imitation-Patent-Jacken und Hosen als neuer Artikel, alsdann

Sicht- und Rheumatismen-Watte von 3 Sgr. ab,

welche sich tausendfältig bewährt hat, empfehlen

A. W. Jansen, Bade-Anstalt, Vorst. Graben 34.

Fr. Kowalki, Langebrücke, am Frauenthor.

Gutachtliche Empfehlung.

Mit Hinweisung auf mein früheres Gutachten über die vorzüglichen Eigenschaften der Lairig'schen Waldwoll-Fabrikate und Präparate kann das Lairig'sche Waldwoll-Dei und dergleichen Waldwoll-Watte, äußerlich zweckmäßig angewendet, besonders als ein vortreffliches Ableitungsmittel bei rheumatischen Uebeln und Zahnschmerz empfohlen werden.

Sena. Dr. Willibald Artus, Professor.

Bekanntmachung.

Folgende muthmaßlich gestohlene Gegenstände können binnen spätestens 14 Tagen im Criminal-Polizei-Bureau, Hundegasse 114, in Empfang genommen werden: 1 Handschlitten, 1 Wassertrage, 8 Stücke Bernstein im Werthe von einigen Thalern. Desgleichen sind zwei bereits bestrafte Menschen am 17. d. Mts. ein Fäßchen mit Seife abgenommen worden, welches dieselben geständiglich am selbigen Tage von einem an der Brücke beim Schwarzen Meer übergeführten Wagen gestohlen haben. Ferner sind folgende Gegenstände gefunden: 1 Brille, einige Papiere mit Bleistift und Federhalter, 1 Pfandschein auf den Namen Strehls.

1ste Gewinnziehung
den 2. f. Mts.

15 Sgr.

Hauptgewinn
250.000 Mark oder
100.000 Thaler.

kostet ein viertel Original: Staats-Loose,
ein halbes do. 1 Thlr.
ein ganzes do. 2 Thlr.

zu der großen Geldverloosung, von welcher monatlich eine Ziehung stattfindet und Gewinne von 60,000 Thlr., 40,000 Thlr., 20,000 Thlr., 16,000 Thlr., 12,000 Thlr. u. s. w. im Ganzen 29,000 Gewinne im Gesamtbetrage von 4¹/₂ Millionen Mark in Silber enthält.

Wegen Ankaufs dieser Loose wende man sich gefälligst direct an das mit dem Verkaufe beauftragte Staats-Effekten-Geschäft von

Listen und Pläne
unentgeltlich.

Moriz Grünebaum
in Hamburg.

Beträge können pr. Post-
karte übermacht oder pr.
Postvorschuß entnommen
werden.

Schon am 2. f. Mts. beginnt die Ziehung der vom Staate garantirten Geldverloosung, in welcher 29,000 Gewinne von 60,000 Thlr., 40,000 Thlr., 20,000 Thlr., 16,000 Thlr., 12,000 Thlr. u. s. w. im Gesamtbetrage von 4¹/₂ Millionen Mark in Silber zur Entscheidung kommen. Hierzu empfiehlt

ganze Original-Loose à 2 Thlr.
halbe do. à 1 Thlr.
viertel do. à 15 Sgr.

das Bankgeschäft von

John Metz in Hamburg.

Um den Anforderungen genügend entsprechen zu können, wolle man Bestellungen baldigst machen.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)

heilt brieflich der Specialarzt für Epilepsie Doctor O. Killisch in Berlin, Mittelstraße 6. — Bereits über Hundert geheilt.